

Vergabe von Planungsleistungen für
die Entwurfs- und Genehmigungsplanung
der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb

im Verhandlungsverfahren
mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

BEWERBERMEMORANDUM

Inhaltsverzeichnis

1	Gegenstand des Verfahrens	3
2	Vergabestelle – Auftraggeber	5
3	Formale Angaben zum Verfahren.....	5
3.1	Art des Verfahrens.....	5
3.2	Teilnahmeberechtigung	5
3.3	Bewerbergemeinschaften	6
3.4	Eignungsleihe / Unterauftragnehmer.....	6
3.5	Ablauf des Verfahrens.....	7
3.6	Angebotswertung	8
4	Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)	8
4.1	Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung	8
4.2	Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl	9
4.2.1	Nachweis der Eignung	9
4.2.2	Auswahl der Bewerber	9
4.3	Nachforderung von Unterlagen	11
5	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens	11
5.1	Einverständnis der Bewerber	11
5.2	Fragen zum Verfahren	12
5.3	Änderung und Aufhebung des Verfahrens	12
5.4	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren	13
6	Vergabekammer	13
7	Anlagen.....	13

1 Gegenstand des Verfahrens

Die zukünftige Infrastruktur der Regional-Stadtbahn Neckar-Alb besteht aus Reaktivierungs-, Ausbau- und Neubaustrecken. Die Reaktivierungs- und Neubaustrecken werden dabei größtenteils nach der Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung (BOStrab) realisiert und sollen aus Mitteln des GVFG-Bundesprogramms gefördert werden.

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens sind die Entwurfs- und Genehmigungsplanungsleistungen (Leistungsphasen 3 und 4) für den ersten Abschnitt der BOStrab-Infrastruktur, nämlich die Anbindung an das Eisenbahnnetz der DB InfraGO in Reutlingen. Die Anbindung bildet das betriebliche Herzstück des Zweisystem-Stadtbahnnetzes. Sie umfasst im Wesentlichen einen ca. 7 km langen BOStrab-Abschnitt in Reutlingen einschließlich der Verknüpfungspunkte („Systemwechsel“) zur Neckar-Alb-Bahn.

Grundlage der zu erbringenden Leistungen ist die im Auftrag des AG erstellte Vorplanung inkl. Festlegung einer Vorzugstrasse (2026). Aufbauend auf diesen Ergebnissen ist die Planung bis zur Genehmigungsreife fortzuführen. Zudem sind die für die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens erforderlichen Unterlagen zu erstellen. Ziel ist die Erlangung einer genehmigungsfähigen Planung einschließlich der fachlichen Begleitung der erforderlichen Genehmigungs- und Abstimmungsverfahren.

Die Planung umfasst die fachübergreifende Bearbeitung aller für die Entwurfs- und Genehmigungsplanung erforderlichen Gewerke sowie die Koordination der begleitenden Fachgutachten. Dabei sind insbesondere die Schnittstellen zwischen BOStrab- und EBO-Infrastruktur, mehrere Ingenieurbauwerke (Über- und Unterführungen), die Systemwechsel zwischen 750 V Gleichstrom und 15 kV Wechselstrom sowie die Abstimmungen mit der DB InfraGO von besonderer Bedeutung.

Für das ausgeschriebene Projekt sind mehrere Planfeststellungsabschnitte vorgesehen. Das Projekt umfasst die folgenden Teilbereiche:

- Teilbereich 1.1.1: Ausschleifung Richtung Metzingen
- Teilbereich 1.2.1: Verbindungsgleis zur DB Reutlingen West
- Teilbereich 1.2.2: Straßenbahnstrecke Betriebshof (exkl.) – Gleisdreieck Tübinger Straße – Reutlingen West
- Teilbereich 1.2.3: Straßenbahnstrecke Gleisdreieck Tübinger Straße – Gleisdreieck Listplatz
- Teilbereich 1.3.1: Straßenbahnstrecke Reutlingen West – Abzweig Galgenberg (Ausschleifung Richtung Tübingen)

- Teilbereich 1.3.2: Straßenbahnstrecke Abzweig Galgenberg – Markwiesenstraße

Die genannten Teilbereiche gemeinsam bilden später voraussichtlich einen Planfeststellungsabschnitt. Es können allerdings auch Teilbereiche abgetrennt werden.

Neben der Gleis- und Trassierungsplanung sind unter anderem Ingenieurbauwerke, Haltestellenanlagen, Straßenraumumgestaltungen, Leit- und Sicherungstechnik, Oberleitungsanlagen, Stromversorgungsanlagen, Systemwechselstellen, Lichtsignalanlagen zu planen sowie die erforderlichen Grunderwerbs- und Genehmigungsunterlagen vorzubereiten. Ebenso sind die Ergebnisse begleitender Fachgutachten in die Planung zu integrieren.

Zusammenfassend sind folgende Leistungsbilder gem. §§ 41 ff. HOAI in den Leistungsphasen 3 und 4 zu erbringen:

- Leistungsbild Objektplanung inkl. Leistungsphase 1 und 2 (u.a. Gebäude für Unterwerke, Toiletten, Schalthäuser)
- Leistungsbild Verkehrsanlagen
- Leistungsbild Ingenieurbauwerke
- Leistungsbild Tragwerksplanung
- Leistungsbild Technische Ausrüstung (LST, 16,7-Hz-Anlagen einschließlich OLA, 750-V-DC-Anlagen einschließlich OLA, 50-Hz-Anlagen und LSA)
- Leistungsbild Sonstige Leistungen einschließlich fachübergreifender Koordinations- und Genehmigungsleistungen sowie Vermessungsleistungen

Die Planungsleistungen sind nach der BIM-Methode durchzuführen (BIM-5D). Ziel ist die Erstellung einer vollständig koordinierten, genehmigungsfähigen Entwurfs- und Genehmigungsplanung einschließlich aller für die Planfeststellung erforderlichen einreichungsreifen Unterlagen, Nachweise, Berichte, Pläne und Modelle.

Hinweis:

Die Vergabestelle wird in den kommenden Monaten für weitere Streckenabschnitte der Regional-Stadtbahn die Leistungen der Entwurfs- und Genehmigungsplanung ausschreiben.

Weitere Einzelheiten zum Leistungsumfang erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bieter mit Aufforderung zur Angebotsabgabe.

2 Vergabestelle – Auftraggeber

Vergabestelle und Auftraggeber ist die **Regional-Stadtbahn Neckar-Alb Projektgesellschaft mbH, Dreifürstensteinstraße 1-3, 72116 Mössingen**

Die **Regional-Stadtbahn Neckar-Alb Projektgesellschaft mbH** wird in den Vergabeunterlagen sowie dessen Anlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber werden gleichbedeutend auch als „Unternehmer“ oder „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Parteien“ und „Vertragspartner“ bezeichnet.

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren begleitet von:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB
**Herrn Rechtsanwalt Dr. Alexander Dörr/
Frau Rechtsanwältin Sarah Steckdaub**
Stresemannstr. 79
70191 Stuttgart

3 Formale Angaben zum Verfahren

3.1 Art des Verfahrens

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen des GWB sowie der VgV.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die Auftragsbekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar.

3.2 Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der Vergabebekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

3.3 Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

3.4 Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.

3.5 Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage der unter Ziffer 4.2.2 dargestellten Vorgehensweise werden unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs drei bis fünf Unternehmen ausgewählt, die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase:

Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines ersten Angebots aufgeforderten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt, die den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Bewerbern zugehen werden. Auf Grundlage dieser Unterlagen erarbeiten die Bieter ein erstes Angebot.

Die ausgewählten Bieter haben zudem ihre Konzepte und Lösungsvorschläge im Rahmen eines 90-minütigen Termins in einer Präsentation (Umfang max. 45 Minuten) vorzustellen.

Die ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien, die den für das Verhandlungsverfahren ausgewählten Bewerbern mitgeteilt werden, bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bieter ranking erstellt. Die Vergabestelle behält sich vor, bereits auf Grundlage dieser Wertung die Zuschlagsentscheidung zu treffen, ohne in weitere Verhandlungen einzutreten.

Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen des ggf. anschließenden Verhandlungsverfahrens, sukzessive weniger gut platzierte Bieter auf Grundlage einer Bewertung nach den Vorgaben der Bewertungsmatrix auszuschneiden und nur mit einzelnen Bietern in weitere Verhandlungen zu treten.

Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

3.6 Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote in Phase 2 und damit die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach folgenden Kriterien:

Pos.	Kriterium	Max. erreichbare Punkte
1.	Konzept zur Herangehensweise	300
2.	Preis	400
3.	Personalkonzept inkl. Qualifikation und Erfahrung des Projektteams	300
	Summe	1.000

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bieter erhalten nähere Informationen zu den Zuschlagskriterien und möglichen Unterkriterien. Die Vergabestelle behält sich eine geringfügige Modifikation der Zuschlagskriterien vor.

4 Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1 Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags stellt die Vergabestelle das in der Anlage 1 beige-fügte **Teilnahmeformular** zur Verfügung.

Der Teilnahmeantrag muss elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über das Online-Vergabeportal unter folgendem Link

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMG7R>

bis spätestens

8. September 2026, 12.00 Uhr

eingereicht werden.

Die Dateien müssen im Dateiformat „**PDF**“ eingereicht werden.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags hat mithilfe elektronischer Mittel über das Online-Vergabeportal dtvp.de zu erfolgen. Diese erfolgt über den Menüpunkt „Teilnahmeanträge“. Dort wird das kostenlose „Bietertool“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags (mindestens 24 Stunden vor Ablauf der oben genannten Teilnahmefrist) zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtv.de weitergehende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support der Vergabepattform. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe des Teilnahmeantrags grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder auch per E-Mail, sind nicht zugelassen.

4.2 Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl

4.2.1 Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars.

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte **Teilnahmeformular** inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend der Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

4.2.2 Auswahl der Bewerber

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand von bis zu drei Referenzen, die zugleich die Mindestanforderungen erfüllen, beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Es gelten in Bezug auf die Referenzen folgende **Mindestanforderungen**:

Nachweis von mindestens zwei Referenzen über Planungsleistungen für eine BOStrab-Strecke mit folgenden Mindestanforderungen:

- **Planungsdisziplinen:** mind. Verkehrsanlagen, Ingenieurbauwerke, Tragwerksplanung sowie Leit- und Sicherungstechnik.
- Die Planungsleistungen umfassten mind. die Leistungen der **Leistungsphasen 3 bis 4**
- **Bauvolumen** der Maßnahme beträgt **mindestens 20 Mio. EUR netto**.
- Die Strecke für schienengebundenen Verkehr einer **mindestens 2-gleisigen und elektrifizierten Verkehrsanlage** beträgt **mindestens 2 km**.
- Maßnahme umfasst **mindestens 3 Haltepunkte/Stationen**,
- Der **Abschluss** der LPH 4 darf **nicht vor dem 01.01.2016** erfolgt sein.

Für die Bewerberauswahl werden **bis zu drei Referenzen**, die die vorstehenden Mindestanforderungen erfüllen, wie folgt bewertet:

Kriterium „Baukosten“

20 Mio. netto bis 50 Mio. netto:	1 Punkt
50 Mio. netto bis 100 Mio. netto:	2 Punkte
> 100 Mio. netto:	3 Punkte

Kriterium „Aktualität“

Abschluss LPH 4 vor dem 1.1.2018	1 Punkt
Abschluss LPH 4 zwischen 1.1.2018 und 31.12.2020:	2 Punkte
Abschluss LPH 4 nach 1.1.2021:	3 Punkte
Kriterium „Leistungsumfang“	
mind. LPH 3-4 vollständig abgeschlossen	1 Punkt
mind. LPH 3-5 vollständig abgeschlossen	2 Punkte
mind. LPH 3-7 vollständig abgeschlossen	3 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet ggf. das Los.

4.3 Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

5 Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1 Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung

des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2 Fragen zum Verfahren

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren unter dem Betreff „**Vergabe Leistungen zur Erstellung eines Verkehrsmodell**“ mittels Vergabeplattform

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMG7R>

bis zum

27. August 2026 (Eingang)

zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

5.3 Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

5.4 Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge sowie der Angebote wird den Bewerbern keine Entschädigung gewährt.

6 Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg, Kapellenstraße 17, 76131 Karlsruhe
Vergabekammer@rpk.bwl.de

7 Anlagen

- Anlage 1: Teilnahmeformular